

aurora

Zeitung für revolutionäre Perspektiven

64 Juli/August 2026 — Normalpreis: 1€ — Solipreis: 2€

rso 
revolutionär sozialistische organisation

INTERNATIONAL

- Der Imperialismus nach dem Iran Krieg
- Ukraine: Wie Menschen zum Krieg gezwungen werden
- Eine verratene Revolution in Bolivien?

..... ab Seite 2

DEUTSCHLAND

- Reformpläne und Entlassungen
- Kürzungen stoppen? Aber gemeinsam!

..... ab Seite 7

KLIMAKRISE

41 Grad ... nicht nur das Wetter spielt verrückt

..... Seite 10

ÖSTERREICH

Graz: Mit Sparbudget zum Sozialismus?

..... Seite 12

SPORT

Fußball-WM: Spiel, Sport und ganz viel Geld

..... Seite 14

REZENSION

Für einen Sommer voller Bücher

..... Seite 15

**Revolution
is
Self-defense!**



Die Klimakrise ist da – jetzt muss es für den Kapitalismus heiß werden!

Die unglaubliche Hitze, die wir Ende Juni in Europa erlebt haben, ist nur ein Vorgeschmack auf das, was kommen wird. Doch wir konnten sehen, was die Klimakrise im Kapitalismus bedeutet: Während die Reichen und ihre Politiker:innen in klimatisierten Büros und Häusern sitzen, wird für uns der Alltag in Dachgeschosswohnung, Schule und Krankenhaus unerträglich.

Doch anstatt uns vor den Folgen der kapitalistischen Klimakrise zu schützen, beschließt die Regierung ein Reformpaket, das unser Leben weiter verschlimmert. Krankschreibung ab Tag 1, mehr befristete Arbeitsverträge, Einschränkung der Informationen zu ihren korrupten Schweinereien, das sind alles Frontalangriffe auf die Arbeiter:innenklasse. Die Linkspartei und die Gewerkschaften wollen sich dagegen stellen –

doch wie glaubwürdig ist ihr Protest? Eine Frage, die sich auch die KPÖ in Österreich nach ihrem Wahlsieg in Graz gefallen lassen muss.

Ein Vorbild kann Bolivien sein, wo die Arbeiter:innen den Kampf gegen Kürzungen massenhaft auf die Straße tragen. Ein Funke Hoffnung, während in der Ukraine und im Iran weiter Arbeiter:innen aus Nationalismus zum Sterben gezwungen werden.

Nationalistisch um „unser Land“ geht es auch wieder viel bei der Fußball-Weltmeisterschaft der Männer. Für viele eine willkommene Ablenkung, doch auch hier nimmt und pervertiert der Kapitalismus etwas, das eigentlich der Arbeiter:innenklasse gehört. Deswegen lohnt es sich, zu kämpfen – wir haben eine Welt zu gewinnen! ■

Der Imperialismus nach dem Iran-Krieg

Ganze vier Mal behauptete US-Präsident Donald Trump in den letzten Monaten, dass man bei dem von ihm begonnenen Krieg gegen den Iran kurz vor einer Einigung stünde. Seit Mitte Juni gibt es jetzt wirklich ein Rahmenabkommen, auf dessen Basis aktuell weiter verhandelt wird. Handelt es sich hierbei um eine „Niederlage“ der USA, wie sogar manche Republikaner behaupten?

Kein anderes Ereignis hat in den letzten vier Monaten die Nachrichten so bestimmt wie der Krieg der USA und Israels gegen den Iran. Gerechtfertigt wurde der Überfall am 28. Februar 2026 auch mit der Behauptung, man wolle das diktatorische iranische Regime stürzen und das iranische Volk befreien – doch davon ist schon lange keine Rede mehr. Im Gegenteil: Die religiöse Diktatur sitzt fester im Sattel als zuvor und kann die Bevölkerung weiter terrorisieren.

von Katar und Pakistan ausgehandelten Rahmenabkommen ist man diesem Ziel einen Schritt nähergekommen.

Der US-Imperialismus hat einen Dämpfer bekommen

Dieses Abkommen rief in den Reihen des mächtigsten Imperialismus der Welt jedoch starke Empörung hervor. Denn es sieht nicht nur eine Rückkehr zu Vorkriegsverhältnissen vor (Öffnung der Straße von Hormus, Aufhebung der

zerstörte Westdeutschland) und Bill Cassidy spricht vom „schlimmsten außenpolitischen Fehler seit Jahrzehnten“ – beides wohlgerneht Republikaner. Die Ziele des US-Imperialismus waren vor allem, eine größere Kontrolle über die Ölvorkommen des Iran zu bekommen, insbesondere um Lieferungen an den großen Konkurrenten China zu erschweren und die Installierung eines der USA und Israel hörigen Regimes in Teheran. Keines dieser Ziele wurde erreicht.

» Obwohl Trump ordentlich die Muskeln hat spielen lassen, ist der Krieg für Trump und die USA zu einem Debakel geworden, dessen wirtschaftliche Folgen auch seine eigene Stammwähler:innenbasis gegen ihn aufbringt. «

Brüchiger Frieden

Die letzten Tage haben jedoch auch gezeigt, dass der Krieg noch lange nicht beendet ist. So griffen die USA erst am Wochenende des 27./28. Juni wieder Ziele im Iran an, welcher mit Gegenangriffen reagierte, was die Verhandlungen in Katar wieder unterbrach. Weiterhin größter Aggressor bleibt jedoch Israel, welches sich nicht damit zufriedengeben will, im Rahmen eines Friedensabkommens mit dem Libanon (welches das Rahmenabkommen ebenfalls vorsieht) den dortigen Angriffskrieg und Landraub zu beenden. Denn während in den bürgerlichen Medien meist vom „großen“ Konflikt Iran-USA die Rede war, tötete Israel bereits über 4.000 Menschen beim Vormarsch in den Libanon und entvölkerte weitreichende Gebiete, die es dann besetzte. Wie beim Genozid in Gaza begründete Netanjahu dieses vorgehen mit dem Kampf gegen die islamistische „Hisbollah“-Miliz. Anders als in Gaza blockiert er mit ständig neuen brutalen Angriffen (trotz offizieller Waffenruhe) allerdings das Interesse der USA an einem Waffenstillstand, was sogar zu deutlicher Kritik des US-Präsidenten führte: „Man muss nicht jedes Mal ein Wohnhaus zum Einsturz bringen, wenn man nach jemandem sucht. Wenn Israel die Sache nicht erledigen kann, ohne alle anderen zu töten,

Mit dem Krieg hat der US-Imperialismus unter Trump noch einmal deutlich gemacht, wie er mit Ländern umgeht, die sich ihm nicht unmittelbar unterwerfen: Er bringt ihnen Tod und Zerstörung, womit er einmal mehr zeigt, dass das Völkerrecht im Imperialismus nicht mehr wert ist als das Papier, auf dem es geschrieben steht. Dieses Signal sollte an die Welt rausgehen, weit über den Mittleren Osten hinaus. Und der deutsche Kanzler Merz hat applaudiert.

Doch obwohl Trump ordentlich die Muskeln hat spielen lassen – mit einer ganzen Armada von Kriegsschiffen und Flugzeugträgern vor den Küsten Irans – ist der Krieg für Trump und die USA zu einem Debakel geworden, dessen wirtschaftliche Folgen auch seine eigene Stammwähler:innenbasis gegen den US-Präsidenten aufbringt. Dementsprechend wurde es für Trump zur Priorität, einen Deal mit dem iranischen Regime auszuhandeln, als klar wurde, dass man es militärisch nicht so einfach bezwingen würde. Mit dem unter Vermittlung

Blockaden, Rückzug Israels aus dem Libanon etc.), sondern auch Verbesserungen für die Stellung des iranischen Regimes: Eingefrorene iranische Gelder sollen freigegeben und Ölsanktionen gelockert werden. Dazu muss die USA für den Iran einen „Wiederaufbaufonds“ in Höhe von etwa 300 Milliarden US-Dollar einrichten. Auch auf einen Regimewechsel in Teheran sollen die USA offiziell verzichten. Im Gegenzug will der Iran weiterhin keine Atomwaffen bauen – ein Bekenntnis, das allerdings noch unverbindlicher ist als das Wiener Atomabkommen von 2015.

Sollten all diese Punkte nach den Verhandlungen in Doha wirklich in Kraft treten, haben viele amerikanische Politiker:innen nicht unrecht, wenn sie den Ausgang des Angriffskriegs als „US-Niederlage“ bewerten. So bezeichnet Senator Lindsey Graham das Abkommen als „Marshall-Plan, während die Nazis noch an der Macht sind“ (der Marshall-Plan war eine großangelegte Finanzhilfe der USA für das im Krieg



Geriet in den letzten Wochen zunehmend in Erklärungsnot: Präsident Donald Trump

Angriffskrieg auf den Iran einen Dämpfer bekommen, allein schon weil sie es sich beim nächsten Mal dann vielleicht zwei Mal überlegen, ehe sie wieder ein Land mit Bombenterror und Tod überziehen.

Doch als Revolutionär:innen haben wir nicht viel Grund uns zu freuen. Denn hier wurde kein Sieg der Arbeiter:innenklasse über den Imperialismus errungen, sondern die Einfluss-

müssen andere Akteure eingreifen.“ Solch deutliche Worte der Kritik fallen allerdings nur, wenn das eigene imperialistische Interesse in Gefahr ist – der Genozid in Gaza und die damit verbundene immer brutalere Besatzungspolitik im Westjordanland dürfen unkommentiert weitergehen.

Während der Iran und die USA wohl beide kein Interesse an einem erneuten

lungen beteiligt und will dies nicht hinnehmen. Israel hat also bloß ein Abkommen unterzeichnet, bei dem es davon ausgehen konnte, dass es nicht umgesetzt werden wird. Mit diesem Vorwand setzt Israel das Töten und Zerstören im Nachbarland fort, was wiederum den Verhandlungsprozess zwischen USA und Iran immer wieder schwer belastet.

» Der relative Erfolg gegen die USA hat dem Mullah-Regime nun wieder etwas mehr Legitimität verschafft, die es zur blutigen Unterdrückung jeglicher Freiheitsbestrebungen der Frauen* und Arbeiter:innen nutzen wird. «

Aufflammen der Kriegshandlungen haben, bleibt der Libanon die Achillesferse des Abkommens. Unter Druck der USA kam eine Woche nach dem Rahmenabkommen zwischen USA und Iran ein zweites Rahmenabkommen zwischen Israel und dem Libanon zustande. Doch ob das Israels Expansionspläne wirklich einschränken wird, ist höchst fragwürdig. Denn in dem Abkommen ist vorgesehen, die Hisbollah-Miliz, die im Libanon ein „Staat im Staate“ ist, komplett zu entwaffnen, was durchaus ein gemeinsames Anliegen Israels und des libanesischen Staates ist. Doch die Hisbollah war gar nicht an den Verhand-

Kein Grund zur Freude für die Ausgebeuteten im Iran

Auch wenn der Krieg noch nicht beendet ist, zeichnet sich dennoch eine gewisse Schlappe der USA in diesem Konflikt ab. Der Iran scheint momentan die Verhandlungsmacht zu besitzen. Viele linke Kräfte freuen sich darüber, zeigt das Rahmenabkommen doch, dass die Macht des scheinbar allmächtigen US-Imperialismus nicht unbeschränkt ist und dass der „Hinterhof“ der USA bei weitem nicht mehr um den ganzen Globus reicht.

Natürlich ist es gut, wenn imperialistische Großmachtbestrebungen wie der

sphären werden einfach neu aufgeteilt: In der globalen Rivalität zwischen dem US-Imperialismus und China stärkt ein (kleiner) Rückschlag für eine Seite die andere Seite, solange die arbeitenden Massen nicht selbst zu einem politischen Faktor werden, die allen imperialistischen Ambitionen einen Riegel verschieben können. Und so werden weitere Kriege vorbereitet.

Vor allem aber gab es bei diesem Konflikt in erster Linie einen Verlierer und das ist die iranische Arbeiter:innenklasse. Die Bomben der USA und Israels haben den Iran zerstört, zivile Infrastruktur vernichtet und Tausende getötet. Gleichzeitig sitzt das Mullah-Regime wieder fester im Sattel als vor dem Krieg. Erst im Januar hatte es Zehntausende Protestierende abgeschlachtet und ins Gefängnis geworfen, womit es den Aufstand der Massen brechen konnte, sich aber auch weiter diskreditiert hat. Der relative Erfolg gegen die USA hat ihm nun wieder etwas mehr Legitimität verschafft, die es zur blutigen Unterdrückung jeglicher Freiheitsbestrebungen der Frauen* und Arbeiter:innen nutzen wird. Unsere Solidarität gilt ihrem Kampf um Freiheit. ■

*Jonas Schmidt, Mannheim
und Richard Lux, Berlin*

Ukraine: Wie Menschen zum Krieg gezwungen werden

Als Reaktion auf den russischen Angriff 2022 behauptete Selenskyj, die Ukraine werde ihr gesamtes Staatsgebiet (einschließlich der Krim) innerhalb weniger Wochen zurückerobern. Damals fand seine kühne Ankündigung bei der Bevölkerung durchaus positive Resonanz; viele haben ihm geglaubt. Inzwischen ist aber die Kampfbereitschaft nicht mehr da. Heute ist die Ukraine mit Waffen übersättigt, es fehlt aber an „Personal“ um sie anzuwenden. Dieser Krieg hat schon Hunderttausende Opfer gefordert: Kaum jemand will mehr für die Ukraine sterben! Die EU-Kommission drängt aber genau darauf, so wie Selenskyj im Land selbst.

Wie so oft in ihrer von Fremdherrschaft geprägten Geschichte steht die Ukraine zwischen den imperialistischen Interessen großer Mächte. Die Zeit des Aufbaus der Sowjetunion nach dem Ersten Weltkrieg stellte eine kurze Ausnahme dar, da die Bolschewiki unter Lenin die nationale Unterdrückung bekämpften und so eine unabhängige Ukraine mit eigener Kultur innerhalb der Sowjetunion förderten. Unter Stalin kam aber schnell der Urtyp der alten russischen Herrschaft zurück.

rechtigte Empörung. Selenskyj hat den Streit mit Polen bewusst in Kauf genommen, das seit 2022 ein treuer Unterstützer der Ukraine war. Vor vier Jahren wurden Hunderttausende Geflüchtete aus der Ukraine von der polnischen Bevölkerung aufgenommen. Heute zählt Selenskyj aber hauptsächlich auf die anhaltende Unterstützung Westeuropas. Die Verehrung der „Helden der UPA“ bedient zugleich rechte Narrative und soll den Patriotismus in Kriegszeiten ankurbeln. Damit erweist sie zu-

dat:innen mit posttraumatischer Belastungsstörung (PTBS).

Vier Jahre lang liefen die westlichen Waffenlieferungen ununterbrochen: Im Juni kündigte England an, es werde der Ukraine weitere 150.000 Drohnen und 350 Luftabwehrraketen liefern. Auch wenn solche Waffenlieferungen der Bevölkerung weiterhin Hoffnung geben – etwa auf eine Nacht ohne Angriffe –, führen sie nicht zu einem neuen Kampfegeist. In einem wachsenden Teil der Bevölkerung wächst eher die Sorge davor entführt zu werden ...

» Die Angst vor der Verschleppung im Kleinbus ist so verbreitet, dass sich im Ukrainischen ein eigener Begriff dafür etabliert hat: „Bussifizierung“. «

Genau deshalb, weil die russische Unterdrückung durch die stalinistische Regierung aus Moskau in den 1930er Jahren fortgesetzt wurde, wuchsen in diesen Jahren nationalistische Kräfte, die mit der Befreiung der Bäuer:innen und Arbeiter:innen nichts zu tun hatten. Die im Jahr 1942 gegründete „Ukrainische Aufständische Armee“ (UPA) unter Stepan Bandera verbündete sich bald mit dem III. Reich. Auch wenn dieses Bündnis mit den Nazis nicht reibungslos ablief, war ihr jeweiliger Nationalismus, der sich gegen Russ:innen, Pol:innen und Jüd:innen richtete, ein gemeinsamer Nenner. 1942/43 beging die UPA in der Region Wolhynien ein Massaker an Zehntausenden polnischen Zivilist:innen.

Im Schlepptau der Rechten

Als Selenskyj im Juni 2026 einer Spezialeinheit der heutigen ukrainischen Armee den Ehrennamen „Helden der UPA“ gab, entstand in Polen eine be-

gleich Putin einen großen Dienst, der den angeblichen Faschismus Kiews für seine Kriegspropaganda nutzt.

Seit 2022 sind in diesem Krieg Hunderttausende Ukrainer:innen gestorben. Die Legitimität Selenskyjs im Lande ist gesunken. Unter der Bevölkerung leben immer mehr Verletzte (vor allem durch Drohnenangriffe) oder ehemalige Sol-

„Du gehst in den Supermarkt und endest an der Front“

Jeden Tag werden auf ukrainischen sozialen Medien Videos gepostet von Bussen, die nach 30- bis 40-jährigen Männern suchen. Die dafür verantwortlichen „Regionalen Zentren für Rekrutierung und gesellschaftliche Unterstützung“ sind unter der Abkürzung TCR (vom englischen „Territorial Center of Recruitment“) bekannt und ihre Machenschaften werden immer stärker kritisiert. Die Bevölkerung kennt sie durch Einheiten von etwa fünf Perso-



Bilder einer „Bussifizierung“, Quelle: bukinfo.com

nen („Fänger“), die in Kleinbussen herumfahren und einzelne Männer kontrollieren und sie oft direkt zum örtlichen Rekrutierungszentrum mitnehmen, ohne dass sie noch mal ihre Familien sprechen dürfen. Die Polizei ist bei diesen Aktionen nie weit weg. Die Angst vor der Verschleppung im Kleinbus ist so verbreitet, dass sich im Ukrainischen ein eigener Begriff dafür etabliert hat: „Bussifizierung“. Auf Telegram sind Gruppen entstanden, die sich vorgenommen haben, vor dem Auftauchen der TCR in bestimmten Bezirken zu warnen.

Die fiese Rolle der EU

Als 2022 eine gerechtfertigte Solidarität in Deutschland entstand, hängte die deutsche Regierung überall im Land ukrainische Fahnen auf. Vor Kurzem trat im politischen Diskurs an die Stelle dieser Solidarität die Vorstellung, dass die Ukrainer:innen ihre Verteidigung selbst übernehmen müssten.

Anlässlich eines Besuches von Selenskyj in Berlin am 14. April gab Kanzler Merz ein klares Zeichen, dass er das Problem der Unterbesetzung der ukrainischen Armee gut verstanden habe. Er sagte: „Wir werden uns im Übrigen eng abstimmen, um ukrainischen Staatsbürgern, die bei uns Zuflucht gefunden haben, die Rückkehr in ihre Heimat zu erleichtern“.

Diese Drohung fand Mitte Juni eine politische Fortsetzung auf EU-Ebene: Ukrainische Männer zwischen 23 und 60 sollen ab März 2027 von den vereinfachten Aufnahmeeregeln für Flüchtlinge ausgenommen werden. Diese Verschärfung kommt nach einer stufenweisen Absenkung des Alters für die Wehrpflicht in der Ukraine (auf jetzt 23 Jahre). Für die Ukrainer, die heute schon in der EU leben (davon knapp ein Drittel in Deutschland), soll sich nichts ändern.

Bei einer Tagung der EU-Justiz- und Innenminister in Luxemburg erklärte dazu der schwedische Migrationsminister: „Der Krieg muss gewonnen werden, und dazu müssen mehr Männer in der Ukraine bleiben und kämpfen.“ Der Satz bringt die Politik der EU treffend

zum Ausdruck, die sich überhaupt nicht um die Meinung der Ukrainer:innen schert.

In der Ukraine stecken die Männer, die nicht geflohen sind, somit in der Klemme zwischen der Verfolgung durch ihre eigene Regierung einerseits und den geschlossenen Grenzen nach Europa andererseits.

Nicht die Oligarch:innen, sondern die russische Arbeiter:innenklasse zahlt für den Krieg gegen die Ukraine. Die Ukrainer:innen, die weiterhin an die Front geschickt werden oder in den Städten Opfer von Drohnenangriffen werden, sind ihrerseits in einem Krieg gefangen, der immer weniger ihr eigener Krieg ist.¹

Die EU hat mit einem neuen „Europä-



Merz, von der Leyen und viele andere, die vom Wiederaufbau der Ukraine profitieren wollen

Was hinter der „Unterstützung der Ukraine“ steckt

Im Rahmen der ewigen Diskussion über einen EU-Beitritt der Ukraine tut die EU so, als sei die Korruption in der Ukraine das Problem. In Wahrheit besteht das Hauptproblem für die EU in der eigenen Bäuer:innenschaft. Die Ukraine ist im geographischen Europa (nach Russland) das flächenmäßig größte Land. Die großen Mengen sehr guten Getreides aus der Ukraine wollen die französischen (und anderen) Bäuer:innen nicht auf ihren Märkten sehen.

Darüber hinaus zeichnet sich für die EU-Führung ein weiteres Problem ab: die Legitimität Selenskyjs. In der Ukraine selbst spricht man gelegentlich von einer neuen Wahl, die jedoch immer wieder auf das nächste Jahr verschoben wird.

Als Revolutionär:innen bewegt uns das Schicksal der Millionen Opfer auf beiden Seiten. Die Zerstörung der Energieinfrastrukturen in Russland machen auch den Russ:innen das Leben schwer.

ischen Leitfonds für den Wiederaufbau der Ukraine“ einen großen Aktienfonds aufgelegt, der zeigt, welche Ziele die EU tatsächlich verfolgt. Die EU-Kommissarin für Erweiterung und Europäische Nachbarschaftspolitik Marta Kos zeigte sich Ende Juni erfreut darüber, dass sich „fast tausend Unternehmen [...] an der Wiederaufbaukonferenz für die Ukraine beteiligt“ haben. Und sie fügte hinzu: „Der neue Fonds wird dazu beitragen, weitere Investitionen freizusetzen und gemeinsam mit den mit dem EU-Beitritt verbundenen Reformen die Ukraine zu einem wirtschaftlichen Machtzentrum (*powerhouse*) machen.“ Welche Folgen die mit den Reformen verbundenen Maßnahmen für die Bevölkerung haben werden, ist allen – außer den Naivsten – bereits klar. ■

Lorenz Wassier und Richard Lux, Berlin

¹ Eine Alternative zur Kriegsführung von Selenskyj haben wir hier formuliert: www.sozialismus.click/welche-perspektive-fuer-die-ukraine/.

Eine verratene Revolution in Bolivien?

Während der Rechtsruck sich in immer mehr Ländern Südamerikas ausweitete, brodelte es in Bolivien. Nicht mal sechs Monate nach der Wahl des konservativen Präsidenten Rodrigo Paz haben seine massiven Sparmaßnahmen während der Wirtschaftskrise für den Funken gesorgt, der massive Proteste entflammte. Geführt von Arbeiter:innen und Bäuer:innen gab es seit Anfang Mai über 120 Straßenblockaden, mit täglichen Versammlungen, die der Repression durch die Armee trotzen. Die Demonstrant:innen forderten den Rücktritt des Präsidenten, doch die gewerkschaftliche Führung setzte stattdessen auf Verhandlungen mit einer sehr geschwächten Regierung

Seit November 2025 kündigte die Paz-Regierung mit Unterstützung des IMF und des US-Imperialismus massive Kürzungen an. Konkret drohte der völlige Abbau des öffentlichen Dienstes und der Subventionen für den ärmeren Teil der Bevölkerung sowie eine Liberalisierung der Landwirtschaft, die zur massiven Verschuldung von Bäuer:innen führt. Gleichzeitig werden die Unternehmen gefördert und die Märkte für den Abbau von Lithium geöffnet. Klar ist, dass trotz Paz' Versprechen eines „Kapitalismus für alle“ die Krise auf Kosten der Arbeitenden und indigenen Bevölkerung „gelöst“ werden soll.

Doch dieses sehr ungleiche Land kennt eine lange Tradition von Widerständen und Generalstreiks gegen die Ausbeutung, unter anderem von Bergbauarbeiter:innen.

Eine zentrale Rolle der Arbeiter:innenklasse in einer revolutionären Bewegung

Mit der Verdoppelung des Benzinpreises und 14 % Inflation im April wurde die Situation immer unerträglicher.

Daraufhin brachen Proteste von Bäuer:innen, Lehrer:innen und Arbeiter:innen aus, die sich mit Straßenblockaden schnell über das ganze Land erstreckten. Am 1. Mai rief der größte Gewerkschaftsdachverband Boliviens (COB) zu

»» Diese Bewegung zeigt die gewaltige Kraft auf, die drei Millionen Arbeiter:innen und Bäuer:innen gegen kapitalistische Unterdrückung haben, eine Macht die sich selbst in Blockadekomitees und täglichen Versammlung organisierte. ««

einem unbefristeten Streik für eine Erhöhung der Löhne auf. Aber diese Bewegung politisierte sich rasch darüber hinaus, durch tägliche Versammlungen von Basisaktivist:innen, die den Rücktritt von Paz forderten. Am 12. Mai marschierten Tausende von Arbeiter:innen zur Hauptstadt La Paz. Daraufhin gab die Paz-Regierung am folgenden Tag ihre Agrarreform auf.

Doch unter dem Druck der Basisversammlungen ging die Bewegung weiter

und wurde trotz Hetzkampagne und Repression nicht eingeschüchtert. In San Julian wehrten Streikende die Repression durch Polizei und rechtsextreme Milizen mit Dynamit ab.

Kein Frieden mit Paz

Die Regierung scheiterte daran, die Bewegung durch Armee und rechtsextreme Milizen niederzuschlagen. Erst nach Verhandlungen rief die COB am 19. Juni zum Ende der Straßenblockaden auf. Am 20. Juni erklärte die Paz-Regierung den Ausnahmezustand und benutzte diesen seitdem, um Führer:innen der Bewegung und Aktivist:innen zu kriminalisieren.

Diese Bewegung zeigt die gewaltige Kraft auf, die drei Millionen Arbeiter:innen und Bäuer:innen gegen kapitalistische Unterdrückung haben, eine Macht, die sich selbst in Blockadekomitees und täglichen Versammlungen organisierte. Doch erlangten die Massen, auch wenn sie das Vorgehen der COB kritisierten, nicht die Kontrolle über die COB, die an der Spitze der Bewegung stand. Die Gründe der Wut sind nicht verschwunden, die kommenden Bewegungen müssen die Macht den Händen der bürokratischen Gewerkschaftsspitze und den Kapitalist:innen entreißen. ■

Eva Ruth, Hamburg



Die Bosse haben Ideen. Wir auch

Der „Herbst der Reformen“, den Merz angekündigt hat, nimmt Gestalt an. Nachdem die Reformen der Grundsicherung (Bürgergeld) und der Krankenversicherung auf den Weg gebracht wurden, nimmt sich die Regierung nun die Renten und das Arbeitsrecht vor. Ziel dieser Reformen ist es, die Staatsfinanzen wieder auf Kurs zu bringen und „die deutschen Unternehmen wettbewerbsfähiger zu machen“. Die entscheidende Frage lautet: Wer soll die Last tragen?

Wer arbeitet, soll künftig noch mehr arbeiten ...

Am 23. Juni veröffentlichte die Rentenkommission ihren Bericht: Erstens soll das Renteneintrittsalter an die Lebenserwartung gekoppelt werden – das heißt: länger arbeiten; zweitens sollen die abschlagsfreien Frührenten für Arbeitnehmer abgeschafft werden, die bereits 45 Beitragsjahre geleistet haben. Für manche Arbeiter, die bereits vor ihrem 18. Lebensjahr zu arbeiten begonnen haben, bedeutet das, dass sie das Rentenalter kaum noch erreichen werden. Und nicht zuletzt beabsichtigt die Regierung einen kapitalgedeckten Bestandteil der Rente einzuführen und diese damit von den Finanzmärkten abhängig zu machen. Doch wie sich ein Journalist im ZDF freute: „Insofern wären Arbeitnehmer zum ersten Mal – vielleicht entdeckend – am Produktivitätserfolg und am Vermögen von deutschen Unternehmen partizipierend.“ Also bis zum Tod arbeiten – aber wenigstens mit der Illusion, von der eigenen Ausbeutung zu profitieren! Diese Reform wird gleichzeitig mit der Arbeitszeitreform diskutiert, die darauf abzielt, die tägliche Arbeitszeit auf zwölf Stunden zu erhöhen und Ruhezeiten verkürzen zu können. Befristete Verträge sollen erleichtert und Teilzeitbeschäftigung erschwert werden. Krankschreibungen sollen schwieriger werden.

... während immer mehr entlassen werden

Diese Angriffe erfolgen vor dem Hintergrund massiver Stellenabbaupläne. Seit 2019 haben die größten Industriekonzerne bereits mehr als 340.000 Arbeitsplätze gestrichen, das entspricht rund sechs Prozent der Industriearbeitsplätze. Dieselben Konzerne

haben den Abbau von rund 100.000 weiteren Stellen angekündigt, davon fast 90.000 allein in der Automobilindustrie. Hinzu kommt die jüngste Verlautbarung des Volkswagen-Konzerns über ein neues Restrukturierungsprojekt, von dem 100.000 Arbeitsplätze

diesem Zusammenhang setzt die Koalition ihre Reformen durch. Sie sollen den deutschen Kapitalist:innen helfen, die Ausbeutung der Arbeitenden zu verschärfen, indem sie diesen die Kosten der Krise aufbürden, in der die Kapitalist:innen selbst stecken.

» Vor dem Hintergrund massiver Stellenstreichungen zielen diese Reformen in Wirklichkeit nicht darauf ab, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, sondern die Kosten der Krise den Arbeiter:innen aufzubürden und den Interessen der großen deutschen Kapitalist:innen zu dienen. «

betroffen sind, und der Schließung von vier Werken, über die im Juli beraten werden soll. Diese Autokonzerne, die über die Krise und den „unfairen Wettbewerb“ chinesischer Konzerne klagen, haben schwindelerregende Gewinne angehäuft. Zwischen 2019 und 2025 erzielten Volkswagen, Mercedes-Benz, BMW und Daimler Truck zusammen einen Nettogewinn von 245 Milliarden Euro und schütteten mehr als 80 Milliarden Euro an Dividenden an ihre Aktionär:innen aus. Jeder gestrichene Arbeitsplatz bedeutet für diejenigen Arbeiter:innen, die ihren Arbeitsplatz behalten, eine Erhöhung des Arbeitstempes – und dank der Koalition bald auch eine Verlängerung des Arbeitstages. In

Ihre Krise, unsere Opfer?

Die kapitalistische Gesellschaft beruht auf der Ausbeutung von Millionen Arbeiter:innen zur Bereicherung einiger weniger milliardenstarker Konzerne. Da gehört es gewissermaßen zur Ordnung der Dinge, dass die Lohnabhängigen für diese Konzerne eine bloße Anpassungsvariable sind. Und selbstverständlich ist es in einem reichen Land wie Deutschland undenkbar, dass die Produktivitätsfortschritte der Finanzierung der Renten oder der Krankenhäuser dienen. Gegenüber den kapitalistischen Konzernen und den politischen Parteien, die ihnen dienen, müssen die Arbeiter:innen ihre Forderungen durchsetzen: Für Renten, Krankenhäuser und Pflegeheime ist mehr als genug Geld in

den Kassen der großen Konzerne vorhanden; angesichts von Entlassungsplänen, die nur dazu dienen, einige Milliarden Euro zusätzlicher Gewinne zu erzielen, müssen die Arbeiter:innen ein Verbot von Entlassungen durchsetzen. ■

Leo Lange, Berlin



Kürzungen stoppen? Aber gemeinsam!

Gegen all die Kürzungen und angekündigten Reformen der Regierung ist Widerstand dringend nötig. Dafür riefen die Linkspartei und verschiedenen linke Organisationen sowie die Gewerkschaften im Laufe des vergangenen Monats zu Protesten auf. Inwiefern konnten solche Demonstrationen die Wut aufgreifen und organisieren? Und wie weiter mit der Bewegung?

Am 7. Mai kündigte die Linkspartei als Antwort auf die kommende Agenda 2030 „eine Protestkaskade aus mehreren Stufen“ an, die an die Montagsdemonstrationen gegen Hartz IV vor etwas mehr als 20 Jahren erinnern sollten. Bundesweit haben sich über den ganzen Juni Demonstrationen und Kundgebung gehäuft, die sehr unterschiedliche Erfolge hatten. Außerdem haben die Gewerkschaften zu Protesten aufgerufen, die auch sehr unterschiedlich befolgt wurden.

Demo überall, wo bleibt der Plan?

In Berlin gab es verschiedene Demonstrationen: gegen die Krankenhausreform der Bundesgesundheitsministerin mit einem Aufruf der Gewerkschaft ver.di, gegen die Kürzungen an den Berliner Hochschulen mit einem Aufruf der Unileitungen und der Gewerkschaften oder allgemein gegen die Kürzungen und für eine Milliardensteuer von einem Bündnis aus der Berliner Linkspartei und anderen politischen Gruppen. Trotz einer starken Social Media Kampagne kamen zu dieser Kundgebung der Linkspartei nur ca. 1.000 Leute. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und seine Mitgliedsgewerkschaften haben außerdem für den 25. Juni mobilisiert, um den „Sozialstaat zu verteidigen“. Trotz einiger Gewerkschaftsgrößen kamen nicht mehr als 1.000 Leute. Allerdings war das einer der Hitzetage



8.000 Studierende gegen Kürzungen in Hamburg

Stimmung war trotzdem gut. Aber was fehlte, war... eine Folgeveranstaltung.

Dass man in Berlin die Linkspartei seit einigen Monaten stärker wahrnimmt, ist auch Kalkül: denn im September finden Wahlen auf Landesebene und in den Bezirken statt. Es gibt die reale Aussicht, dass Die Linke stärkste Partei wird und wieder – dann zum dritten Mal innerhalb von 25 Jahren – in die Berliner Regierung geht. Wie lange wird Die Linke die Proteste also noch durchziehen?

schäftsführungen der Sozialen Träger mobilisierten ihre eigene Belegschaft, um in den Verhandlungen mit der Berliner Regierung noch ein bisschen Kohle rauszuschlagen. Aber sie werden auf keinen Fall anecken wollen. Und längst drücken sie die Sparmaßnahmen gegenüber den Beschäftigten rigoros durch. Für die Beschäftigten ist es überlebenswichtig, eine unabhängige Proteststrategie zu entwickeln, die sich gegen die Sparmaßnahmen der Regierungen und gegen die Angriffe der „eigenen“ Bosse richtet.

Ansichts der Vielzahl der Proteste, die sich aber immer nur an einen bestimmten kleinen Teil der Arbeiter:innenklasse Berlins richtet, ist es schwer den Überblick zu behalten. Auch wenn jede Aktion für sich – vor allem die der Berliner Krankenhausbewegung – zeigt, dass es Energie und Phantasie für Protest gibt, hat sich die verbreitete Wut überhaupt noch nicht auf der Straße gezeigt. Und die Vereinzelung der Proteste ist dazu ein Hindernis.

» Für die Beschäftigten ist es überlebenswichtig, eine unabhängige Proteststrategie zu entwickeln, die sich gegen die Sparmaßnahmen der Regierungen und gegen die Angriffe der „eigenen“ Bosse richtet. «

und das hat ganz sicher einen Unterschied gemacht. Aber Gewerkschaftsaktivist:innen hatten auch eine reale Mobilisierung in den Betrieben vermisst. Die

Was die anderen Bündnisse in Berlin angeht, sind in ihnen neben Gewerkschaften auch die „Arbeitgeber“ selbst vertreten. Die Unileitungen und Ge-

In Hamburg gab es ab dem 6. Juni bis zum 3. Juli mehrere Demonstrationen. Doch die erfolgreichste mit über 8.000 Demonstrant:innen fand an der Universität statt gegen die 20 % Kürzungen, ohne nennenswerten Einfluss der Linkspartei. Die Sparmaßnahmen, die der Finanzsenator Dressel angekündigt

haben setzen, die keine längere Perspektive aufweisen. Die Kürzungen anzuklagen ist richtig und bitter nötig, aber niemand kann ernsthaft glauben, dass jeweils eine Demonstration gegen die Gesundheitsministerin in Hannover und Berlin die Krankenhausreform verhindern wird.

Sparorgie reicht schon länger. In vielen Sektoren sind die Arbeits- und Lebensverhältnisse längst unerträglich. Beispielsweise ist der 8-Stunden-Tag längst eine faktische Lüge im Gesundheitsbereich oder bei der Deutschen Bahn. Und all diese Kolleg:innen, die schon darunter leiden, können sich nicht einzig auf eine Verteidigung des 8-Stunden-Tages begrenzen. Für Millionen Arbeitende reichen die Löhne schon jetzt immer weniger für ihren Haushalt und die Miete. Die Aufgabe ist, die nächsten Verschlechterungen zu verhindern, aber auch in die Offensive zu kommen. Und es ist dringend nötig, dass diese Proteste auf der Straße auch den Weg hinter die Betriebstore finden.

» Die Aufgabe ist, die nächsten Verschlechterungen zu verhindern, aber auch in die Offensive zu kommen. Und es ist dringend nötig, dass diese Proteste auf der Straße auch den Weg hinter die Betriebstore finden. «

hat (Entlassung von Schulbegleitungen, Stopp der Förderungen für Kitas, neue Eintrittspreise für die Elbphilharmonie ...), ausgerechnet nach all der Werbung für Olympia, stoßen auf viel Wut. Doch bis jetzt konnte sich die Bewegung nicht organisieren und verankern. Der DGB schließt sich auch dem Protest an, aber ähnlich wie in Berlin blieb die Mobilisierung vor dem Betriebstor.

Rund um Mannheim waren die Demonstrationen von Linkspartei und ver.di kleiner. Aber das lässt sich manchmal auch mit der Hitze erklären. Aktivist:innen in der Linkspartei berichten dort über eine gewisse Planlosigkeit des Kreisvorstandes und zu wenig Zusammenarbeit mit ver.di und dem Krankenhausbündnis. Dafür wollen sie den Kampf weiterführen bis zu der kommenden Tarifrunde im öffentlichen Dienst.

In Nordrhein-Westfalen waren die Demonstrationen seltener. Am 1. Juni in Essen versammelten sich 1.000 Demonstrant:innen mit Beschäftigten aus dem Einzelhandel und der Sozialarbeit, doch ohne dass die Gewerkschaften dazu aufriefen. Erst für Anfang Juli ruft die IG Metall zu Demonstrationen auf, die allerdings hinter den Bossen die Standortlogik vertritt.

Was sich aus diesem kurz skizzierten Panorama der Proteste über alle Unterschiede hinweg ergibt, ist ein gemeinsamer Nenner: dass Linkspartei und Gewerkschaften auf viele einzelne Aktio-

Den Sozialstaat retten?

Und was die Gewerkschaftsapparate angeht, haben sie nie versteckt, dass ihnen vor allem sauer aufstößt, dass sie nicht in den Kommissionen sitzen, die die Sparmaßnahmen entwickeln. Doch am 11. Juni trafen sich die Bosse der Gewerkschaften und der „Arbeitgeber“ endlich bei Bundeskanzler Merz. Hinterher gab es ausdrücklich gegenseitig Lob für „Respekt und Offenheit“. Das war nur der Auftakt für die unglaubliche Arschkriecherei, die DGB-Chefin Fahimi nach Verkündung der Reformpläne am 2. Juli an den Tag legte. Nachdem die Regierung verkündete, die Kettensäge an den Sozialstaat legen zu wollen, schleimte sie, das seien „richtige Signale für Beschäftigung, Wachstum und Entlastung“. Wir sagen, das sind „eindeutige Signale für Klassenkampf“! Die Gewerkschaftsbosse sitzen also wieder am Verhandlungstisch und werden dort soziale Rechte und Arbeitsrechte verhökern. Angesichts der Verschärfung der Angriffe gegen die Arbeiter:innenklasse haben sie die Rolle, die Wut nur in kontrollierten Dosierungen herauszulassen, gerne übernommen. Ein Schlag ins Gesicht der vielen Gewerkschaftsaktivist:innen, die in den letzten Wochen engagiert mobilisiert haben.

Oder die Kämpfe bündeln?

Grundlegend stellt sich nicht nur die Aufgabe, uns als Arbeitende mit Blick auf unsere eigenen Interessen zu organisieren. Sondern die Frage ist auch, wofür wir kämpfen. Denn die ganze

Diese Kürzungen und Gegenreformen von Merz, Klingbeil, Dressel usw. sind nicht ihrer persönlichen Böswilligkeit geschuldet. Sie verkörpern eine allgemeine Politik der Kapitalist:innen und ihres Staates, die uns zwingen wollen, die Gürtel enger zu schnallen, um die Profite zu maximieren und die Stellung Deutschlands als drittgrößte Wirtschaftsmacht in der Zeitenwende zu behalten. Wir müssen versuchen Brücken zwischen den Kolleg:innen in den privaten und öffentlichen Sektoren zu schlagen, zwischen den Arbeitenden, die doch auch die künftigen Rentner:innen sein werden, und den Sozialhilfeempfänger:innen ... denn es ist einer der beliebtesten Tricks aller Regierungen der Welt, die einen gegen die anderen aufzuhetzen. Also her mit der Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohn, her mit der gleitenden Lohnskala, höheren Sozialleistungen und Lohnerhöhung auf Kosten der Kapitalist:innen! ■

*Sabine Müller, Berlin
und Eva Ruth, Hamburg*

41 Grad ... Nicht nur das Wetter spielt verrückt – das kapitalistische System tut es

Gerade mal Sommeranfang und schon erlebten große Teile Europas die zweite Hitzewelle dieses Jahr, allerdings mit Temperaturen, die noch nie in unserer Region gemessen wurden. Die nächste Hitzewelle kündigt sich schon an.

Aber seitens der Regierung und der Chefetagen in den Unternehmen herrschte wieder einmal völlige Unvorbereitetheit und Verleugnung. Bundesumweltminister Schneider verwies jede Verantwortung weit weg in das Labyrinth anderer Zuständigkeiten: Hitzeschutz sei Sache der Bundesländer und der Kommunen. Aber den Kommunen wird seit Jahren der Geldhahn abgedreht... Bundeskanzler Merz ließ verbreiten, dass „das Thema zur Chefsache zu machen“, das Wetter nicht ändern würde. Aber allein in Köln starben im Laufe des Hitzewochenendes 120 Menschen. Aus allen Ecken der Bundesrepublik kamen alarmierende Berichte aus den Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen, weil die Gebäude sich viel zu sehr aufheizten, weil es überall einen Mangel an Klimaanlage gibt, weil Notaufnahmen voll waren. Weil nicht nur die Patient:innen zusammenklappten, sondern die Pflegekräfte auch. In Köln starb ein Gartenbauer, nachdem er ein paar Stunden in der Hitze arbeiten musste. Die Weltgesundheitsorganisation WHO geht davon aus, dass an diesem Wochenende 1.300 Menschen wegen Hitze in Europa gestorben sind. Gleise verformten sich unter der Hitze bei der Berliner S-Bahn und im Regionalverkehr. Leipzig musste den kompletten Straßenbahnverkehr einstellen.

Klimaktivist:innen, wie zum Beispiel von der „Letzten Generation“, werden allerdings weiterhin angeklagt und als „terroristische Vereinigung“ strafrechtlich verfolgt wegen ihrer Straßenblockadeaktionen vor einigen Jahren. Straßenblockaden, um auf die Klimakrise aufmerksam zu machen, sind kriminell – aber Hunderte Hitzetote und der fast-Kollaps der Infrastruktur reichen nicht mal zur „Chefsache“ ...

Und so müssen wir uns selbst behelfen. Am stärksten betroffen sind die unteren Schichten der Bevölkerung, die Arbeiter:innen. Das gilt international genauso wie hierzulande.

von Kippunkten, wie das Abschmelzen des Eisschildes an Nord- und Südpol oder das Austrocknen des Amazonas-Regenwaldes, steigt. Neue Studien weisen darauf hin, dass sich die Atlantische Meridionale Umwälzströmung,

» „Koste es was es wolle“ heißt es in der Bundesregierung; aber nicht für den Klimaschutz und die drängenden Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel, sondern für die Umstellung der Wirtschaft auf Rüstung und erhöhte Ausbeutung. «

Doppelte Belastung: klimatisch und sozial

Eine solche Hitzewelle wäre vor 50 Jahren undenkbar gewesen. Doch mit dem Klimawandel treten solche Extreme immer öfter auf. Im November 2025 legte das UN-Umweltprogramm UNEP eine Analyse vor, die deutlich machte: Die selbst gesetzten Ziele der Staaten werden nicht eingehalten. Laut dem Bericht liegt der prognostizierte globale Temperaturanstieg bis 2100 bei 2,3° bis 2,5° C. Speziell die Wahrscheinlichkeit

kurz AMOC, bis zum Ende des Jahrhunderts deutlich abschwächen und sogar zusammenbrechen könnte. Die AMOC ist ein riesiges System von Meeresströmungen im Atlantik, zu dem auch der Golfstrom gehört. Unser mildes Kontinentalklima hängt von diesem Golfstrom ab. Hinzu kommen Rekordtemperaturen in den Weltmeeren. So häufen sich die alarmierenden Meldungen. Aber sie gehen in dem Getöse um Aufrüstung, Krieg, Sparmaßnahmen und Massenentlassungen völlig unter. „Koste es was es wolle“ heißt es in der



Bundesregierung; aber nicht für den Klimaschutz und die drängenden Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel, sondern für die Umstellung der Wirtschaft auf Rüstung und erhöhte Ausbeutung.

Nehmen wir nur die chronisch unterfinanzierten Krankenhäuser: In Berlin hat der Senat im letzten Haushalt bereits die schon zu geringen Mittel für Hitzeschutz von 200 Millionen jährlich auf 145 Millionen zusammengekürzt. Wenn noch dazu die Streichliste der Bundesgesundheitsministerin durchkommt, dann sind Investitionen in Hitzeschutz in den Krankenhäusern für Normalsterbliche völlige Illusion.

Deutschland ist ein reiches Land, es ist die drittstärkste Wirtschaftsnation der Welt. Aber die öffentlichen Einrichtungen und die Wohnsituation sind in einem erbärmlichen Zustand. Laut einem aktuellen Oxfam-Bericht geben selbst die reichsten Länder nur etwa 10 % der Mittel für Anpassungsmaßnahmen aus, die eigentlich nötig wären. Während die großen Konzerne wie TotalEnergies, Shell, BP oder auch Volkswagen, RWE, Heidelberg Materials – um nur einige der Hauptverantwortlichen für den Klimawandel zu nennen – seit Jahren irre Gewinne einfahren, ist angeblich kein Geld da für Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung vor der Hitze. Während den Rüstungskonzernen wie Rheinmetall und Renk die Milliarden in den Arsch geblasen werden, soll kein Geld da sein für klimatisch gute Wohnungen, Schulen, für Parks, Freibäder und Jugendfreizeiteinrichtungen. Really?

Laut McKinsey bräuchte es 1,2 Billionen Dollar jährlich, um die Erderwärmung auf 2°C zu bremsen. Elon Musk könnte das für ein Jahr fast alleine bezahlen. Aber im Kapitalismus gilt bekanntlich als erste Regel: nie die Gewinne antastet!

Nach mir die Sintflut?

Die Klimakrise ist eng mit der Entwicklung des Kapitalismus verknüpft. Denn nicht nur die Arbeiter:innen werden im Kapitalismus ausgebeutet, sondern auch die Natur. Schon im 19. Jahrhun-

dert, zum Beginn des Kapitalismus, kritisierte Marx, dass ein „unheilbarer Riss“ zwischen Mensch und Natur entsteht. Ausdruck davon war die industrielle Landwirtschaft, die schon damals für kurzfristige Profite die Notwendigkeit der Regeneration der Böden ignorierte. Diese „Raubwirtschaft“ an der Natur konnte und kann nicht durch Technik überwunden werden, sondern nur durch den Sturz des Kapitalismus!

» Die Klimakrise ist eng mit der Entwicklung des Kapitalismus verknüpft. Denn nicht nur die Arbeiter:innen werden im Kapitalismus ausgebeutet, sondern auch die Natur. «

Heute, trotz der wissenschaftlichen Erkenntnisse und der Versprechen auf internationalen Konferenzen, hat sich die Situation weiter verschlechtert. Die versprochene Energiewende gibt es immer noch nicht, denn auch wenn der Energiemix sich verbreitert, wollen Kapitalist:innen des fossilen Sektors nicht auf ihre Kohle verzichten! Das fossile Kapital (Öl, Gas, Kohle) hat die gesellschaftliche Abhängigkeit von fossilen Energieträgern über ein Jahrhundert ausgebaut und zementiert. Ganze Wirtschaftsbereiche, einschließlich des Finanzsektors, machen gigantische Gewinne, auf die sie nicht verzichten wollen und unter kapitalistischer Logik auch nicht verzichten können. Allein die 5 größten Ölkonzerne der Welt haben seit Beginn des Ukrainekrieges 467 Milliarden Dollar verdient. Der „Green New Deal“ und das Versprechen eines grünen Kapitalismus sind längst in die Mülltonne geworfen worden, weil deren Profitabilität unklar blieb. Und weil die zunehmende imperialistische Konkurrenz zwischen den Großmächten den Wettlauf um Ressourcen und Aufrüstung anheizt. Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel gelten als lästiger Ballast.

Weder Kapitalist:innen noch deren Handlanger können daher auf die Krise im Interesse der Bevölkerung antworten, vor allem nicht auf nationaler Ebene. Stattdessen schlagen sie auf die

Arbeiter:innenklasse weltweit immer härter ein. Doch es sind dieselben Arbeiter:innen, ohne die es gar keine Produktion gäbe, die in der Lage wären, die Wirtschaft auf soziale und ökologische Bedürfnisse umzustellen. Der Kampf geht darum, wer entscheidet und wer bezahlt: Die Arbeiter:innenklasse? Oder die Verursacher der Krisen?

Die Erde brennt – Zeit, das kapitalistische System ganz auszutauschen

Angesichts dieser Logik, die die gesamte Menschheit geradewegs in den Abgrund treibt, können nur wir selbst unsere Prioritäten durchsetzen. Statt Milliarden für Aufrüstung und Rekordprofite brauchen wir Milliarden für die öffentliche Infrastruktur und für Soziales. Wir akzeptieren nicht, dass wieder einmal unsere Leben leiden und unsere Gesundheit gefährdet wird, nur damit nicht die Profite der großen Unternehmen angetastet werden. Dieser Kampf fängt an den Arbeitsplätzen an, um Anpassungsmaßnahmen gegen die Hitze zu erkämpfen – wie Busfahrer:innen in London oder Auto-Arbeiter:innen in Frankreich, die gegen die Rücksichtslosigkeit der Unternehmensleitungen die Arbeit niederlegen. Der Kampf muss darüber hinausgehen, um die Klimakiller von Musk bis RWE und deren Vertreter wie Trump, Merz und Co. zu entmachten. Fürs Klima braucht es nicht weniger als eine Revolution. ■

Sabine Müller, Berlin
und Eva Ruth, Hamburg

Mehr Artikel zur Klimakrise:



Graz: Mit Reformen und Sparbudgets zum Sozialismus?

Graz bleibt „kommunistisch“: Unter der amtierenden Bürgermeisterin Elke Kahr konnte die KPÖ bei den Wahlen am 28. Juni in der zweitgrößten Stadt Österreichs nicht nur ihren ersten Platz verteidigen, sondern sogar sieben Prozent dazugewinnen. Was ist in Graz in den letzten vier Jahren erreicht worden? Ist Graz und die Strategie der KPÖ ein Vorbild für die gesamte Linke?

Die KPÖ liegt mit 35,8% klar auf Platz eins. Bei einer gewohnt niedrigen Wahlbeteiligung (53%) kam der Großteil der Zugewinne von den Nicht-Wähler:innen, ein Teil von den Grünen, mit denen viele Wähler:innen ausgetauscht wurden. Alle Parteien außer der KPÖ verloren an Stimmen; nur die FPÖ, die in Graz mit einem Finanzskandal kämpft, gewann leicht (+1,4 %, jetzt 12 %). Der Wahlerfolg der KPÖ ist durchaus beachtlich und zeigt, dass es in Graz viel Vertrauen und Sympathien gibt – was mit dem ehrlichen Bemühen um eine bessere Welt, der nicht abgehobenen Art und dem Gehaltsverzicht von KPÖ-Mandatar:innen zu tun hat

Dieser Wahlerfolg ist nicht vom Himmel gefallen – im Gegenteil. Die KPÖ ist in Österreich traditionell schwach, in Graz ging es ab den 80ern langsam aufwärts. 2003 gelang unter dem beliebten KPÖ-Wohnbaustadtrat Ernest Kaltenegger, der rund die Hälfte seines Politikergehalts für soziale Zwecke spendete, ein

großer Sprung auf über 20%. Nach Verlusten 2008 (11%) ging es 2021 mit knapp 29% auf Platz eins. Gepunktet wurde mit Forderungen nach leistbarem Wohnen, durchgeführten Sozial- und Mietberatungen sowie der persönlichen Integrität und Gehaltsbeschrän-

» Wirkliche Veränderungen im gesellschaftlichen Kräfteverhältnis würde jedoch bedeuten, dass man die Sparpolitik zurückschlagen kann, statt sie ehrlicher und „besser“ zu verwalten. «

kungen von KPÖ-Mandatar:innen auf 2.400 Euro. Seit 1998 kamen so knapp vier Millionen Euro zusammen, mit denen über 30.000 Personen geholfen wurde. Auf eine offensive Kritik am Rassismus der Herrschenden verzichtet die KPÖ, sie spricht lieber von „respektvollem Zusammenleben ohne Diskriminierung“. So konnte die KPÖ das politische Vakuum füllen, welches der kontinuierliche Niedergang der SPÖ erzeugte (von 42 % 1988 auf 5,6 % 2026).

Schulden, Sparen und Mitverwaltung

Die KPÖ regierte seit 2021 gemeinsam mit Grünen und SPÖ. Sie erbten, nach 18 Jahren unter einem ÖVP Bürgermeister, einen auf 1,7 Milliarden Euro angewachsenen Schuldenberg. Die massiven

Preissteigerungen der letzten Jahre ließen die Schulden der Stadt, trotz etlicher Gegenmaßnahmen und Einsparungen, auf heute 1,9 Milliarden Euro anwachsen. Jährliche Investitionen sollen künftig mit 150 Millionen Euro gedeckelt werden. Die budgetäre Lage ist für sehr viele Gemeinden in Österreich zunehmend schwierig, wie es auch in Deutschland der Fall ist. Einerseits explodieren die Kosten, andererseits fährt die Bundesregierung ein massives Sparpaket und leitet benötigtes Steuergeld nicht an die Gemeinden weiter. Reiche und Unternehmen profitieren von Förderungen und Abgabekürzungen, auf eine höhere Besteuerung von Profiten und Vermögen wird gleichzeitig verzichtet.

Bürgermeisterin Kahr will sich davon nicht unterkriegen lassen und zeigen, dass die KPÖ auch eine Budgetkrise konstruktiv mitverwalten kann: „Wir haben versprochen, dass die Stadtregierung auf der Seite jener stehen wird, die es sich nicht richten können, und dass wir den Blick von unten nicht verlieren werden.“ Trotz Krise will man zeigen, „dass eine Politik möglich ist, welche die Bedürfnisse der Menschen in den Mittelpunkt und konstruktive Arbeit



über Streit und Selbstbedienungs-Mentalität stellt“. Statt in teure Prestigeprojekte wurde in den letzten fünf Jahren in Schulen, den Ausbau von Straßenbahnen, Verkehrsberuhigung und Begrünung, neue Gemeindewohnungen, Pflegeangebote, eine kommunale Großküche und vieles mehr investiert. Die sehr engen Spielräume wurden dabei scheinbar recht gut genutzt, Angriffe und Privatisierungen blieben aus. Man sollte aber klar aussprechen was das ist: die Mitverwaltung des kriselnden Kapitalismus unter Bedingungen massiver Sparbudgets.

Mit Reformen zum Sozialismus?

Für die KPÖ Graz und Elke Kahr verbirgt sich dahinter aber ein größerer Plan: „Unser großes Ziel ist eine Gesellschaft, die sich Sozialismus nennt – auf demokratischem Weg. Das ist eine große Weltanschauung, die man nur mit Reformen erreicht. Eine solche Gesellschaft kann man nur von unten nach oben aufbauen.“ Es gibt die Strategie und Hoffnung durch konkrete Politik die Bedeutung von kommunaler Infrastruktur für die Bevölkerung erfahrbar zu machen. Mit Worten und Taten soll die Idee eines „guten Lebens für Alle“ in der Bevölkerung verankert werden: „Die größte Vision ist im Grunde, das Gemeinwohl und die Daseinsvorsorge kontinuierlich auszubauen.“

Die Ideen erinnern an das Rote Wien der 1920er, wo es zu einem massiven Ausbau öffentlicher Infrastruktur (Gemeindewohnungen, Kindergärten, Schwimmbäder, Büchereien...) kam. Zunächst stürzte im November 1918, nach Ende des Ersten Weltkriegs, eine revolutionäre Bewegung die Monarchie. In Wien dominierte die Sozialdemokratie, die unter dem Druck der mobilisierten Arbeiter:innen eine Vielzahl von progressiven Maßnahmen umsetzte. Die Illusion, damit kontinuierlich zum Sozialismus fortzuschreiten, ging jedoch mit einem andauernden Zurückweichen vor dem erstarkenden Austrofaschismus einher und gipfelte in der endgültigen Niederlage in den Februarkämpfen 1934. Die sozialdemokratische Führung klammerte sich lieber an die Illusion den Krisenkapitalismus in ruhigere Gefilde

steuern zu können, als mit einer offensiven Strategie und einer Intensivierung von Streiks und Kämpfen die bürgerliche Ordnung herauszufordern.

Sozialdemokratie 2.0

Elke Kahr muss man zugute halten, dass sie nach fünf Jahren als Bürgermeisterin noch immer von Sozialismus spricht. Allerdings gibt es zwischen der reformerischen Realpolitik und der Überwindung des Kapitalismus keine sichtbare Verbindung. In Graz verbreitet man die Illusion, dass man durch ehrliche und kluge Politik im bestehenden Rahmen sich in eine sozialistische Gesellschaft hinüber reformieren könnte. Was etliche als vermeintlich neuen Stein der Weisen für künftige Erfolge der Linken sehen, ist mehr ein Aufguss über hundert Jahre alter reformistischer, sozialdemokratischer Ideen. Diese Realpolitik erfordert Kompromisse: „Wir pflegen ja seit Jahrzehnten den Kontakt zu Wirtschaftstreibenden. (...)“

»» In Graz verbreitet man die Illusion, dass man durch ehrliche und kluge Politik im bestehenden Rahmen sich in eine sozialistische Gesellschaft hinüber reformieren könnte. ««

Dass viele Großkonzerne Graz für sich entdeckt haben, hat auch mit der offenen Tür der Stadtpolitik zu tun.“ Wie und wann eine solche Standortpolitik jemals in eine Offensive gegen das Kapital umschlagen soll, bleibt völlig offen.

Sozialismus werden wir nicht durch clevere Stellvertreter:innenpolitik in den Institutionen des bürgerlichen Staats erreichen. Die KPÖ will glaubhaft zeigen, dass sie „für die Menschen da ist.“ Man darf Menschen nicht in dem falschen Glauben wiegen: „Wählt uns, wir kümmern uns für euch drum.“ Gerade mit solchen Versprechungen haben Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbürokratie über Jahrzehnte für eine Passivierung und Demobilisierung der Arbeitenden gesorgt. Wir müssen klar aussprechen, dass wir unsere Lebensbedingungen und unsere Zukunft nur auf Kosten des Kapitals und durch eine Änderung der Kräfteverhältnisse verbes-

sern können. Dazu muss man Menschen organisieren, Bewegungen aufbauen und vor allem Arbeitskämpfe vorantreiben. Das alles verschwindet bei der KPÖ Graz im Schatten von Mitverwaltung, Wahlkämpfen und Wahlerfolgen.

In der KPÖ Graz sind viele ehrliche Aktivist:innen am Werk, die mit ihren Spenden und ihrer Politik im Leben von realen Menschen einen positiven Unterschied, bzw. Notlagen weniger schlimm gemacht haben. Auch Revolutionär:innen kämpfen für und verteidigen positive Reformen im Kapitalismus, alles andere wäre abgehoben und zynisch. Gefährlich und zynisch ist es jedoch auch, die zahlreichen Beispiele der (jüngeren) Geschichte zu ignorieren, in denen neue linke Parteien, gefangen in den kapitalistischen „Sachzwängen“, Sozialabbau, Kürzungen und Privatisierungen umsetzen (von Syriza bis zur Linkspartei). Hier wird nicht nur

politische Energie in falsche Projekte gesteckt, sondern es werden auch Enttäuschungen vorbereitet, die häufig linke Bewegungen schwächen und rechte Kräfte stärken.

Im Wahlsieg der KPÖ Graz drückt sich eine Offenheit und Stimmung aus, die sicherlich positiv ist und Chancen für die Linke bietet. Wirkliche Veränderungen im gesellschaftlichen Kräfteverhältnis würden jedoch bedeuten, dass man die Sparpolitik zurückschlagen kann, statt sie ehrlicher und „besser“ zu verwalten. Alle Anti-Kapitalist:innen und Sozialist:innen sollten ihre Kräfte und Hoffnungen lieber in den Aufbau einer unabhängigen, kämpferischen Kraft mit einer Verankerung unter den Arbeitenden stecken, statt sich im Mitverwalten des Kapitalismus zu verlieren. ■

Johannes Wolf, Wien

Spiel, Sport und ganz viel Geld

Überall wieder schwarz-rot-goldene Fahnen, Bekenntnisse zu Deutschland und das Heraufbeschwören eines nationalen „Wir“-Gefühls. Keine Frage, als Kommunist:in gibt es viele Dinge, die man an der Fußball-WM der Männer 2026 abstoßend finden kann. Dabei ist Fußball eigentlich ein Sport der Arbeiter:innenklasse – doch wieviel hat die FIFA davon noch übrig gelassen?

Wenn bürgerliche Linke gerne eine Debatte führen, dann ist es die des individuellen kritischen Konsums. Und so wurden auch vor dieser WM wieder Stimmen laut, die meinten, dass man das Ereignis nicht schauen und unterstützen sollte. Natürlich sind die dabei vorgetragenen Vorwürfe in keiner Weise falsch: Die USA zeigen symbolträchtig, wie brutal inzwischen ihr Grenzregime geworden ist und lassen nicht einmal manche Schiedsrichter einreisen, die Speichelleckerei von FIFA-Chef Infantino war nicht erst seit der Übergabe des „FIFA-Friedenspreises“ an Trump kaum zu ertragen und das Turnier ist durch zusätzliche „Trinkpausen“ und horrenden Ticketpreise kommerzialisiert wie nie zuvor. Vor allem sind es aber die Begleiterscheinungen hierzulande, die schockieren. Während der

während viele andere Sportarten teures Equipment und bestimmte Areale verlangen, braucht es beim Fußball nur ein paar Spieler:innen und einen Ball (damals meist ein Klumpen aus Leder). Jeder kann mitmachen, überall. Dieser egalitäre Ansatz gilt bis heute – und bestimmt deswegen auch das Leben Tausender Arbeiter:innenkinder, egal wo auf der Welt. Dieser Zusammenhalt, den der Sport stiften kann, ist dabei per se nichts Reaktionäres. Für viele von uns stellt die Fangemeinschaft einen Rückzugspunkt im Kapitalismus dar, der



» Der Fußball im Kapitalismus ist eine Ware. Anstelle von Zusammenhalt und Gleichheit treten Profit und Investitionen. «

WM zählt plötzlich wieder das „Wir“-Gefühl und keiner muss sich schämen, die Deutsche Flagge zu hissen. Verbunden mit dem aktuellen Rechtsruck führt dieser nationalistische Ausbruch auch zu Hitlergrüßen auf Autokorsos und zur unseligen Debatte, wer „deutsch“ genug ist fürs deutsche Team. Noch akuter bedrohlich ist der Anstieg von häuslicher Gewalt während solchen Fußball-Events, die bei Niederlagen des favorisierten Teams um 38 % steigt (England). Eine giftige Mischung: Kommerz, Chauvinismus, Patriarchat, Nationalismus.

Ein Sport des Proletariats

Dabei kommt der Fußball doch aus einer anderen Richtung: Er entstand während der industriellen Revolution in England als Arbeiter:innensport. Denn

nicht selten mit den Interessen der kommerzialisierten Vereine in Konflikt gerät, wie die Kämpfe von einigen Fangruppen gegen den Kurs der Fußball-Strippenzieher zeigen. Und wenn ehemals kolonialisierte Länder es bei der WM schaffen, imperialistischen Nationen einen Sieg abzurufen, fühlen wir alle mit dieser kleinen und gleichzeitig großen Revanche der Unterdrückten mit.

Kapitalistische Logik statt Sportgeist

Doch Fußball im Kapitalismus ist eine Ware. Anstelle von Zusammenhalt und Gleichheit treten Profit und Investitionen. Dazu eignet er sich hervorragend als „Opium für das Volk“. Die Identifika-

tion mit dem Verein soll die mit der eigenen Klasse ersetzen: Wenn das eigene Team verliert, kanalisiert sich oft Frust und Unsicherheit, die man im Arbeitsalltag ertragen muss. Gewinnt es, fühlt man sich überlegen und alle Sorgen sind kurz vergessen. Eine passende Schnittstelle für rechtes Gedankengut, patriarchale Unterdrückung und anderes reaktionäres Verhalten. „Brot und Spiele“ lenken uns zudem vom krisengebeutelten Kapitalismus ab und werden von den Herrschenden gezielt genutzt, um unsere Rechte anzugreifen – so wurde bei der WM 2006 die Krankenversicherung für Arbeitslose und die Rente gekürzt.

Der Fußball und die WM haben ohne Frage viele hässliche Seiten. Doch einen Boykott von beispielsweise der WM zu fordern, würde missachten, dass dieses Turnier trotzdem Milliarden von Arbeitenden bewegt, für die der Fußball seine egalitäre Anziehungskraft nie verloren hat. Der Kapitalismus hat diesen Sport bis zur Unkenntlichkeit entstellt – es wäre Zeit, dass sich die Arbeiter:innen ihren Sport zurückholen. ■

*Jonas Schmidt, Mannheim
und Charlotte Steindorf, Düsseldorf*

Für einen Sommer voller Bücher

China, mein Vater und ich. Über den Aufstieg einer Supermacht und was Familie Lee aus Wolfsburg damit zu tun hat, F. Lee, 2023

Wie wurde Volkswagen zur Nummer Eins in China? Felix Lee erzählt uns diese Geschichte aus seiner eigenen Perspektive und die Geschichte seines Vaters.



Der war aus China nach Taiwan und schließlich nach Deutschland geflohen, studierte dann und wurde 1978 schließlich Leiter der Forschungsabteilung bei VW in Wolfsburg. Eines Tages steht eine hochrangige Delegation aus China am Werkstor. Unangemeldet. Felix Lees Vater ist der einzige Chinese bei VW. Und so beginnt eine spektakuläre Erfolgsgeschichte, die der Wirtschaftsjournalist Lee witzig, mit persönlichen Details und kritisch erzählt.

Freiheit für Wen? Mileis Argentinien als Versuchslabor der Ultrarechten, F. Schnatterer, 2026

Der Rechtsruck hat in Argentinien sein hässlichstes Gesicht gefunden. Eines, dass mit der Kettensäge alles wegkürzen will – den Präsidenten Javier Milei. Hinter dem angeblichen Wahnsinn dieser Figur untersucht der Journalist Schnatterer, wie es den Rechten gelungen ist eine Wählerbasis mit der vagen Forderung nach Freiheit zu überzeugen,

und wer von einer solchen ultrakapitalistischen und reaktionären Politik profitiert. Vieles davon könnte sich in Zukunft auch hierzulande abspielen.



Doch nicht alle Argentinier:innen stehen hinter Milei. Es formiert sich Widerstand – zuletzt auch rund um das trotzkistische Wahlbündnis FIT-U – von dem wir viel lernen können.

Das können wir uns nicht leisten. Was es bedeutet, in Deutschland arm zu sein, M. Davoudvandi, 2026

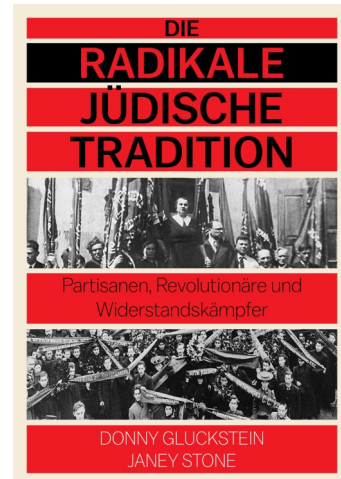
Trotz des ernsthaften Inhalts ist Miriam Davoudvandis erstes Buch eines, das man in wenigen Tagen im Urlaub durchliest. Ihr Schreiben ist geprägt von Einfühlsamkeit und Humor sowie von ihrer (musik-)journalisti-



schon Tätigkeit. Die elf Kapitel erzählen von ihrem eigenen Leben und beschreiben dabei die Auswirkungen der „relativen Armut“ in Deutschland auf jeden Aspekt des Lebens aller Betroffenen. Die Erkenntnis darüber, wie Armut Menschen isoliert, beschämt und beschäftigt hält, hat mich viel darüber nachdenken lassen, woher die Kraft für den befreienden Kampf kommen kann, den auch die Autorin als Perspektive formuliert: „Eine gute Psyche für alle schaffen wir nicht mit Achtsamkeitskursen, sondern mit Klassenkampf.“

Die radikale jüdische Tradition, D. Gluckstein/J. Stone, 2025

Dieses Buch erzählt eine Gegengeschichte zum Zionismus: Die Vertreibung der Palästinenser:innen wird viel zu oft damit gerechtfertigt, dass der Zionismus die einzige (wirksame) Antwort auf den weltweiten Antisemitismus sei.



Dieses Buch räumt mit diesem Mythos auf, indem es aufzeigt, wie Solidarität und gemeinsame Kämpfe eine Perspektive für Jüd:innen an der Seite der revolutionären Bewegungen in vielen Ländern geboten haben und bieten. Vom jüdischen Bund im russischen Zarenreich über antifaschistische Kämpfe im Londoner East End bis zum Klassenkampf in den USA reichen die vielen geschichtlichen Beispiele ... Es lohnt sich!

VERANSTALTUNGEN

DÜSSELDORF

Bei gutem Wetter outdoor im Stadtwerkepark | Details über social media

Do, 23. 7. Rassismus am Arbeitsplatz

INTERNATIONAL

28. 7. - 2. 8. 2026 Internationalistisches Sommercamp in Spanien

Die Abschlussveranstaltung
am 1. 8. wird live gestreamt!
Keep updated!



Hier findet ihr uns
online

Deutschland

www.sozialismus.click

[f](#) [ig](#) [rsodeutschland](#)

Österreich

www.sozialismus.net

[ig](#) [rso_organisation](#)

[f](#) [rsoorganisation](#)



Revolutionär Sozialistische
Organisation



Sozialismus oder Laberei

rso 
revolutionär sozialistische organisation

WER WIR SIND UND WAS WIR WOLLEN

Die bewusste Verwendung von Ressourcen und die Nutzung des gesamten menschlichen Wissens können allen Menschen auf unserer Erde ein gutes Leben sichern und gleichzeitig die Welt vor dem Klimakollaps retten. Stattdessen steuert die Welt von einer Krise in die nächste. Ursache für all dies ist der Kapitalismus, der ausschließlich im Interesse einiger Weniger funktioniert.

Wir, die Revolutionär Sozialistische Organisation (RSO), organisieren uns gegen den Kapitalismus und für eine sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Der Sozialismus, für den wir kämpfen, ist eine freie, demokratische, auf gewählten Räten aufbauende Gesellschaft. Eine Gesellschaft, die im Interesse aller funktioniert. Die Arbeiter:innenklasse hat das Potenzial, diese Gesellschaft zu verwirklichen. Deshalb geben wir seit vielen Jahren Flugblätter in unterschiedlichen Betrieben heraus, mit

denen wir Missstände anprangern, Kolleg:innen ein Sprachrohr bieten und versuchen Basisaktivitäten zu vernetzen. Wir nehmen an Demonstrationen, Aktionen und Arbeitskämpfen teil, diskutieren solidarisch über Politik und tauschen uns mit unterschiedlichen Aktivist:innen aus. In sozialen und ökologischen Konflikten treten wir für die Selbstorganisation und die Ausdehnung der Kämpfe auf breitere Teile der Lohnabhängigen ein. Für uns ist der Kampf gegen Ausbeutung, gegen Sexismus und Rassismus, gegen Rechtsextremismus und gegen Umweltzerstörung immer verbunden mit einem Kampf gegen den Kapitalismus. Denn der verhindert ein solidarisches Zusammenleben.

Wir sind in verschiedenen Städten und Ländern aktiv und vernetzt, zurzeit in Deutschland, Österreich, Frankreich und den USA. Dabei setzen wir uns ein für den Aufbau einer revolutionär kommunistischen Internationale in der Welt

Ihr erreicht uns in
Deutschland unter:

info@sozialismus.click

www.sozialismus.click

Und in Österreich:

rso@sozialismus.net

www.sozialismus.net

und für den Aufbau unabhängiger Parteien der Arbeiter:innenklasse, abseits von reformistischen und bürokratischen Partei- und Gewerkschaftsapparaten. Wenn Du an diesem Projekt interessiert bist, dann tritt mit uns in Kontakt, werde mit uns aktiv und unterstütze uns im Aufbau einer revolutionären und sozialistischen Organisation!

Eine ausführlichere Version findet ihr unter:

www.sozialismus.click/was-wir-wollen/